

ISJP

International Social Justice Project • Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland

**Soziale Gerechtigkeit
aus der Sicht der deutschen Bevölkerung**

Ergebnisse der empirisch-sozialwissenschaftlichen
Gerechtigkeitsforschung

Arbeitsbericht Nr. 95

Bodo Lippl

Institut für Sozialwissenschaften
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

March 2003

Korrespondenz:
Lic. theol., Dipl.-Soz. Bodo Lippl
Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
Empirische Sozialforschung
Unter den Linden 6
D-10099 Berlin

Email: lippl@empisoz.de
Internet: <http://www.empisoz.de/>
<http://www.isjp.de/>
<http://www.bodo-lippl.de/>

Der Aufsatz basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 14.12.2000 im Fachgespräch "Gerechtigkeit" der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin gehalten hat. Die dort vorgestellten Analysen und Überlegungen wurden für diese Veröffentlichung grundlegend überarbeitet und durch Analysen aktueller Daten erweitert.

1 Einleitung

Von "sozialer Gerechtigkeit" scheint immer dann im öffentlichen Diskurs die Rede zu sein, wenn es die bestehende soziale Verteilung von Wohlstand und Übeln in einer Gesellschaft zu legitimieren oder neu auszutarieren gilt. So wird in der Arena der politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Landes "Gerechtigkeit" stets auf die Fahnen der Parteien geschrieben. Und spätestens seit dem Bundestagswahlkampf 1998, der explizit unter dem Motto "Mehr Gerechtigkeit" von Sozialdemokraten und Grünen gewonnen wurde, scheint es, als ob politische Entscheidungen nicht mehr ohne das Etikett "sozial gerecht" durchgesetzt werden könnten. Da aber nur selten klar wird, was die politischen Akteure genau darunter verstehen, welche ungerechten Zustände denn genau überwunden werden sollen und welche Gerechtigkeitserwägungen bei der Entscheidungsfindung wichtig waren, bleibt "soziale Gerechtigkeit" offensichtlich nur eine leere Worthülse der politischen Rhetorik (vgl. Lengfeld 2002: 24f). Viele politische Vorhaben und Entscheidungen kann die Bevölkerung vermutlich deshalb nicht nachvollziehen, weil ihr die dahinter liegenden Motive und Gerechtigkeitserwägungen nicht verständlich gemacht werden.

Die wissenschaftliche Forschung über Gerechtigkeit kann mit ihren Erkenntnissen dazu beitragen, dass die Entwicklung und Vermittlung von Maßnahmen und Entscheidungen durch die politischen Akteure besser gelingt. So können *normativ-philosophische* Theorien und Überlegungen zur Gerechtigkeit beispielsweise zur Klärung der Begrifflichkeiten, zur Plausibilität von Begründungslogiken oder zum Stellenwert von Gerechtigkeit im Gesamtzusammenhang der Gesellschaft herangezogen werden.¹ Die *empirisch-sozialwissenschaftliche* Forschung über Gerechtigkeit, die im Zentrum dieses Beitrags steht, hat dagegen einen ganz anderen Zugang. Sie geht nicht von der Existenz einer "objektiven" Gerechtigkeit aus, die sich etwa metaphysisch oder aus internen Begründungslogiken ableiten ließe, sondern von den Gerechtigkeitseinstellungen, die Menschen subjektiv wahrnehmen und äußern.² Sie kann empirisch aufzeigen, dass einzelne Menschen und Bevölkerungsgruppen ganz unterschiedliche Gerechtigkeitseinstellungen vertreten und ganz unterschiedliche Ungerechtigkeiten wahrnehmen. Sie hat zum Ziel, Gerechtigkeit "in the eye of the beholder" (Svallfors 1995) empirisch zu erklären und kann damit auch verdeutlichen, dass es relevant ist, welche Meinung über Gerechtigkeit die Menschen vertreten (that it "matters, what the people think", Swift et al. 1995). Empirische Analysen haben zeigen können, dass Gerechtigkeit nicht nur in den Strukturen der Gesellschaft kontextuell verankert ist (z.B. in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat: Döring et al. 1995), sondern dass auch subjektive Gerechtigkeitseinstellungen von Menschen kontextuell und sozialstrukturell unterschiedlich geäußert werden.

Die sozialwissenschaftliche Gerechtigkeitsforschung ist damit also ganz wesentlich theoretisch angeleitete empirische Sozialforschung. Sie kann ausgehend von empirischen Theorien der Gerechtigkeit auf Bevölkerungsumfragen zurückgreifen, sie analysieren und ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit wieder für den politischen Diskurs zur Verfügung stellen. Sie kann dabei den Anspruch erheben, Gerechtigkeitseinstellungen nicht nur deskriptiv zu beschreiben, sondern vielmehr auch zu erklären. Sie kann beispielsweise Begründungen dafür geben, warum bestimmte Teile der Bevölkerung etwas als

¹ Da dieser umfassende Bereich der normativ-philosophischen Gerechtigkeitsforschung hier nicht weiter vertieft werden kann, sei an dieser Stelle lediglich auf grundlegende Theorien der Gerechtigkeit (Hayek 1981; Rawls 1994/1979; Walzer 1992), einige bedeutsame Publikationen (z.B. Brumlik & Brunkhorst 1993; Forst 1996; Frankenberg 1994; Höffe 1989; Honneth 1995; Kersting 2002; Scherer 1992; Thumfart 1999) und eine Textsammlung (Horn & Scarano 2002) verwiesen.

² Auch die Gerechtigkeitserwägungen eines Rawls oder Walzers wären aus ihrer Sicht also nur eine unter vielen möglichen Äußerungen der Bevölkerung. Es wäre sicherlich auch einmal interessant, Gerechtigkeitsforscher selbst in einer Umfrage über ihre Gerechtigkeitseinstellungen in vergleichbarer Weise zu befragen.

gerecht ansehen, was andere als ungerecht empfinden oder warum in einem Land mehr Ungerechtigkeit als in einem anderen Land wahrgenommen wird. Um derartige Fragen zu beantworten, bedient sie sich einerseits eines *komparativen* Zugangs, indem sie verschiedene Bevölkerungsgruppen (in verschiedenen Ländern) hinsichtlich ihrer Gerechtigkeitsvorstellungen vergleicht, und andererseits einer *diachronen* Betrachtung, indem sie periodische Veränderungen wahrgenommener (Un-)Gerechtigkeit oder präferierter Gerechtigkeitsvorstellungen über die Zeit verfolgt und deren Ursachen nachspürt.

Ziel dieses Beitrags ist es, zum einen einige wichtige Grunderkenntnisse der empirischen Gerechtigkeitsforschung zu skizzieren. Zum anderen sollen einige deskriptive Ergebnisse aus Analysen von Umfragedaten vorgestellt werden, die Einblicke erlauben, wie die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland Gerechtigkeit wahrnimmt bzw. beurteilt und welche normativen Gerechtigkeitskriterien sie befürwortet.

Warum ist die empirische Gerechtigkeitsforschung in ihrer Analyse subjektiver Gerechtigkeitsvorstellungen gerade für den Bereich des politischen Lebens insbesondere auch unter demokratischen Gesichtspunkten interessant? Die aktuellen politischen Auseinandersetzungen über den richtigen Weg zur Modernisierung des Landes, zur Ankurbelung des wirtschaftlichen Motors, zur Reform des Sozialstaats und zur Bewältigung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit machen die unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie dies auch am gerechtesten zu bewerkstelligen sei, überdeutlich. Wenn eine bestehende soziale Ordnung (der sozialen Ungleichheit) verändert bzw. reformiert wird, muss diese neue Ordnung sozial legitimiert werden. Dann treten stets Fragen der Gerechtigkeit dieser neuen Verteilungsordnung in den Vordergrund der gesellschaftlichen und politischen Diskurse und können zu erheblichen Konflikten zwischen Gewinnern und Verlierern von Reformen führen. Denn in den Auseinandersetzungen unter Politikern, Parteien und Interessenvertretern sind immer auch die unterschiedlichen Belastungen und Begünstigungen von Bevölkerungsgruppierungen mit auf der Waagschale der Gerechtigkeit und damit sind auch die Bewertungen der Bevölkerung selbst von erheblichem Interesse, da sie zur Legitimation einer neuen Verteilungsordnung gebraucht werden. Die von politischen Akteuren stellvertretend geführten Auseinandersetzungen über das sozial Gerechte setzen sich über die Medien bis in die Kapillaren der Gesellschaft fort. Und umgekehrt sind die Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen für die politischen Akteure relevant, da sie durch den politischen Willensbildungsprozess indirekt und direkt Einfluss auf Politik gewinnen, sei es über Interessenvertretungen, andere intermediäre Gruppierungen, Medien³ oder unmittelbar über das Wahlverhalten. Von daher ist es verständlich, wenn politische Akteure auch aus Eigeninteresse am politischen Überleben den Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung entsprechende Aufmerksamkeit schenken.

2 Erträge der empirischen Gerechtigkeitsforschung

Bevor einige deskriptive Ergebnisse aus eigenen Analysen vorgestellt werden, sollen zunächst drei zentrale theoretische Erträge dieses Forschungsfeldes kurz skizziert werden, die zum Verständnis und zur Einordnung der Ergebnisse wichtig sind. Ebenso sollte an dieser Stelle nochmals betont werden, dass auch die empirische Gerechtigkeitsforschung theoretisch geleitet ist (vgl. den kurzen Überblick über empirische Theorien der Gerechtigkeit bei Wegener 1992).

³ Die Rolle von Medien als Mittler in Gerechtigkeitsdiskursen darf nicht unterschätzt werden. Gerechtigkeitsdiskurse werden durch Medien erheblich beschleunigt und tragen vermutlich auf diese Weise zu einer schnelleren Veränderung von Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung bei. Allerdings wurde diesem Aspekt in der empirischen Gerechtigkeitsforschung bislang noch zu geringe Aufmerksamkeit geschenkt.

1. Theoretisch wie empirisch bedeutsam ist die Unterscheidung zweier grundlegend unterschiedlicher Typen individueller Gerechtigkeitsvorstellungen, die unterschiedliche Analysemöglichkeiten erforderlich machen (Wegener 1992, 1999). *Ergebnisbezogene Gerechtigkeitsurteile* (»Belohnungsgerechtigkeit«) sind Bewertungen konkreter gesellschaftlicher Verteilungsergebnisse und konkreter Belohnungen von Individuen und Bevölkerungsgruppen nach Gerechtigkeitsgesichtspunkten (z.B. "Welchen Lohn bekommt jemand gerechterweise für etwas?"). Erhoben werden ergebnisbezogene Urteile in Umfragen, indem etwa nach einem konkreten Lohn (nach Geldbeträgen, aber auch Schulnoten und allem, was verteilt werden kann) gefragt wird, den eine befragte Person selbst (reflexives Urteil) oder eine andere Person (nicht reflexives Urteil) zum einen tatsächlich erhält und zum anderen eigentlich erhalten sollte.⁴ *Ordnungsbezogene Gerechtigkeitseinstellungen* (»Prinzipiengerechtigkeit«) dagegen sind normative, prinzipielle oder ideologische Haltungen allgemeiner Art, die Individuen in Bezug auf verschiedene Aspekte ihres Lebens vertreten können und welche in der Regel die grundlegende normative Ordnung der Gesellschaft betreffen (z.B. "Es ist gerecht, wenn jemand, der mehr leistet, mehr bekommt" oder "Alle Gesellschaftsmitglieder sollten das gleiche bekommen"). Darunter fallen auch präferierte normative Kriterien, nach denen etwas in der Gesellschaft verteilt werden sollte (z.B. inwiefern nach Fähigkeiten, Anstrengungen, Fertigkeiten, gemäß den Anforderungen des Marktes oder des Staates oder den Erfordernissen des Gemeinwohls etc. distribuiert werden sollte). Auch die verantwortlichen Akteure im gesellschaftlichen Verteilungsprozess können zum Gegenstand empirischer Analysen werden (z.B. Staat vs. Individuum, Etatismus vs. Eigenverantwortung, vgl. Lane 1986), sowie grundsätzliche Vorstellungen über gerechte Verteilungsregime oder eine gerechte Gesellschaft.

Mit deskriptiven Analysen ordnungsbezogener Einstellungen in Deutschland und der von der Bevölkerung wahrgenommenen Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Erwerbseinkommens als ergebnisbezogenem Gerechtigkeitsurteil werden in diesem Beitrag beide Aspekte einer Gerechtigkeitsanalyse betrachtet. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass ergebnisbezogene Urteile stärker von der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation geprägt sind, während ordnungsbezogene Gerechtigkeitseinstellungen eher als kulturell geprägt und verankert gelten (Wegener 1999).

2. Wenn Menschen Gerechtigkeitsurteile fällen, tun sie dies nicht isoliert und für sich in einer *black box*, also ohne einen extern geprägten sozialen Bezugs- bzw. Referenzrahmen. Diesen sozialen Referenzrahmen, in den Gerechtigkeitsvorstellungen eingebettet sind, gilt es empirisch zu bestimmen. Für ergebnisbezogene Gerechtigkeitsurteile ist dabei immer der soziale Vergleich von Individuen in irgendeiner Art und Weise von zentraler Bedeutung, meist der Vergleich der eigenen Situation mit der Lage einer oder mehrerer anderer Personen. Ungerecht belohnt oder behandelt empfinden sich Menschen erst in Gegenüberstellung mit anderen (vgl. zur Theorie der relativen Deprivation Runciman 1966/1972). Gerechtigkeit liegt dann vor, wenn das Verhältnis von Aufwand und Lohn einer Person (A) mit dem einer anderen Person (B) gleich ist ($\text{output/input [A]} = \text{output/input [B]}$), wie es die Equity-Theorie formuliert (Adams 1965; Walster, Walster & Berscheid 1978). Die Proportionalität von Leistung und Entlohnung muss stimmen, wenn eine Verteilung gerecht empfunden werden soll. In der empirischen Gerechtigkeitsforschung gibt es einige Ansätze, die versuchen, den Referenzrahmen, innerhalb dessen Menschen Gerechtigkeitsurteile fällen, genauer zu bestimmen. So kann die Status-Value-Theorie zeigen, dass die Wahrnehmung des eigenen sozialen Status hierbei bedeutsam ist (Berger et al. 1972). Denn Personen neigen dazu, sich mit anderen in ähnlicher Statusposition zu vergleichen. Die Bestimmung des Referenzrahmens geht in der neueren Gerechtigkeitsforschung jedoch

⁴ Mit ergebnisbezogenen Gerechtigkeitsurteilen ist eine mathematische Modellierung von Gerechtigkeitsbewertungen möglich, wie es die empirische Justice-Function-Theorie propagiert (Jasso 1978, 1980; Jasso & Wegener 1997). Dabei werden Ist- und Soll-Werte ins Verhältnis gesetzt, um den Grad einer ungerechten Über- und Unterbelohnung sowie eine gerechte Belohnung zu ermitteln..

weiter, bis hin zu mathematischen Modellierungen von Gerechtigkeitsbewertungen, wie sie in Justice-Function-Theorien entwickelt wurde (Jasso 1978, 1980; Jasso & Wegener 1997).

3. Ordnungsbezogene Gerechtigkeitseinstellungen sind Legitimationsnormen, mit deren Präferenz die Verteilungsordnung einer Gesellschaft legitimiert wird (Wegener 1992), auch wenn diese Prinzipien allgemeiner Art sind und kein konkretes Verteilungsergebnis implizieren. Es stellen sich jedoch unmittelbar Fragen, inwieweit es einheitliche Legitimationsnormen in einer Gesellschaft gibt und inwieweit Gerechtigkeitseinstellungen von Gesellschaft zu Gesellschaft variieren. Die These von einer dominanten Gerechtigkeitsideologie in einer Gesellschaft (Abercrombie, Hill & Turner 1980), die von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, und ihre Erweiterung in der These von primären (d.h. gesamtgesellschaftlich geteilten) und sekundären (d.h. von verschiedenen Bevölkerungsgruppierungen unterschiedlich getragenen) Gerechtigkeitsideologien (Liebig & Wegener 1995) können hier angeführt werden. Auch muss darauf hingewiesen werden, dass Menschen auch sich widersprechende Gerechtigkeitsideologien gleichermaßen befürworten können, also eine Art "gespaltenes Bewusstsein" in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen haben und inkonsistent sind (Kluegel & Smith 1986).

Die Verteilung materieller Gütern, Belohnungen und Benachteiligungen erfolgt in Gesellschaften nach bestimmten, politisch willentlich oder unwillentlich gesetzten oder zugelassenen Regeln, die bestimmte Personen oder Gruppierungen benachteiligen oder bevorzugen können. Von daher ist anzunehmen, dass unterschiedliche Personen bzw. Gruppierungen in Gesellschaften jeweils unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen befürworten. Das Eigeninteresse von Individuen und Bevölkerungsgruppierungen spielt bei der Erklärung der Varianz von Gerechtigkeitsvorstellungen eine große Rolle. Bevor dies an empirischen Ergebnissen für Deutschland veranschaulicht werden kann, müssen zunächst noch einige Informationen zu den Daten gegeben werden.

3 Daten und Methoden

Die nachfolgenden Analysen stützen sich auf Daten der "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) von 1984 bis 2000 (vgl. Zentralarchiv 2000, 2001), aus denen einige gerechtigkeitsbezogene Einstellungen näher untersucht werden können, sowie auf Daten aus dem "International Social Justice Project" (ISJP) von 1991, 1996 und 2000 (ISJP 2001a, b). Das ISJP ist im Gegensatz zum ALLBUS, der zwar thematisch breiter ausgerichtet aber auf Deutschland beschränkt ist, ein international vergleichendes Umfrageprojekt, das sich schwerpunktmäßig mit der Erforschung von Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung in westlichen und osteuropäischen Ländern widmet. Dabei kann auch die Entwicklung subjektiver Einstellungen der Bevölkerung nach dem Systemwechsel und im Zuge der Transformationsprozesse studiert werden.⁵

Vorgestellt werden vor allem ausgewählte Ergebnisse aus deskriptiven Analysen für Ost- und Westdeutschland. Partiiell werden die Analysen vertieft, indem Unterschiede in den Einstellungen und Wahrnehmungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen genauer aufgezeigt werden.

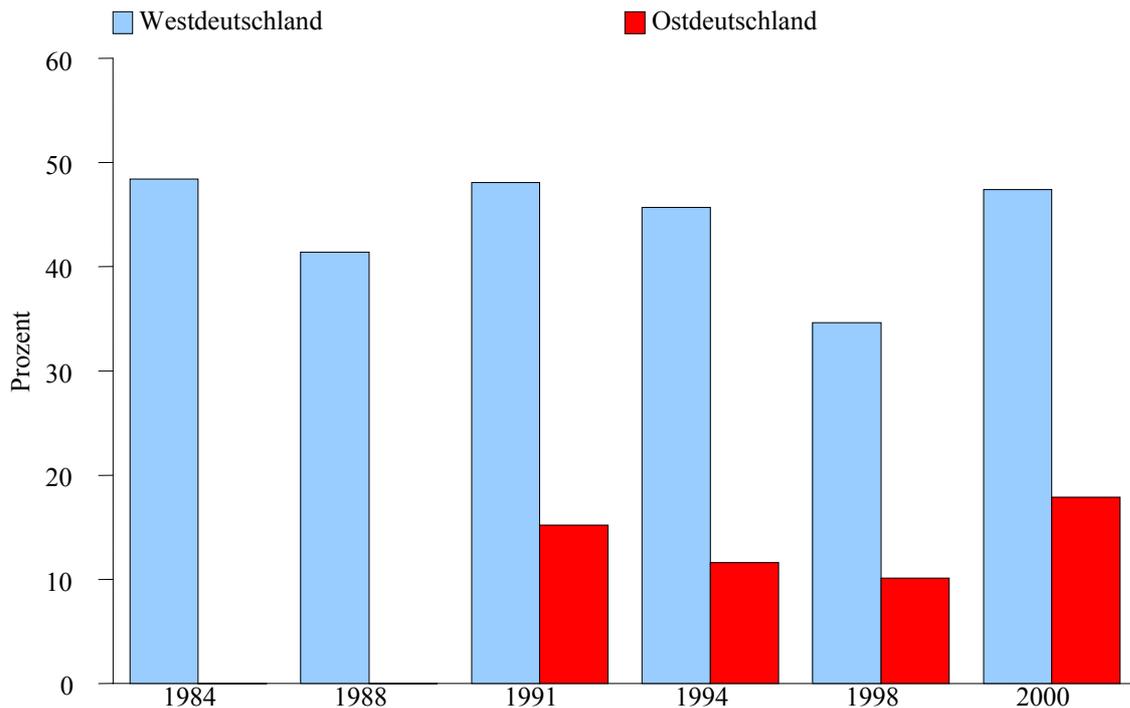
⁵ 1991 wurde die erste Erhebung in Bulgarien, der Tschechoslowakei, Estland, Ost- und Westdeutschland, Ungarn, Japan, den Niederlanden, Polen, Russland, Slowenien, Großbritannien und den Vereinigten Staaten durchgeführt. 1996 wurde eine Replikation nur mehr in Bulgarien, der Tschechischen Republik, in Ost- und Westdeutschland, Ungarn, den Niederlanden und Russland durchgeführt, um den Einstellungswandel in den sich neu entwickelnden osteuropäischen Ländern zu analysieren. Im Jahr 2000 konnte eine dritte Replikation bedauerlicherweise nur mehr in Deutschland realisiert werden.

Die deutsche Arbeitsgruppe des ISJP ist am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin unter Leitung von Prof. Dr. Bernd Wegener angesiedelt. Weitere Informationen zum ISJP finden sich bei Kluegel Mason & Wegener (1995), Hauss et al. (2001) oder im Internet unter www.isjp.de.

4 Gerechtigkeit im Land und in der eigenen Lage

Fast zyklisch wurde in den politischen Debatten der letzten Jahre immer wieder von der "Gerechtigkeitslücke" zwischen Ost- und Westdeutschland gesprochen. Von daher stellt sich die Frage, ob sich diese Gerechtigkeitskluft zwischen Ost und West auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung wieder findet und wie sich eine solche über die Zeit hinweg entwickelt hat. Den Befragten wurde folgende Aussage vorgelegt, der sie graduell zustimmen oder nicht zustimmen konnten: "Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im großen und ganzen gerecht".

Abbildung 1: Die Gerechtigkeit sozialer Unterschiede im Land



Quelle: ALLBUS 1980-98, 2000; eigene Berechnung.
Zustimmung zu der Aussage "Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht" (Prozentualer Anteil derer, die auf einer 4-stufigen Skala mit "stimme eher zu" und "stimme voll zu" geantwortet haben).

In Abbildung 1 wird bei der Darstellung der Zustimmung zu dieser Aussage zwischen Befragten in West- und Ostdeutschland und über die Zeit hinweg getrennt. Es fällt zunächst auf, dass deutlich mehr Westdeutsche die sozialen Unterschiede im Land über den gesamten Zeitraum von 1984 bis 1994 als gerecht einschätzen als Ostdeutsche. 40 bis 50 Prozent der Befragten im Westteil der Republik stehen einem deutlich geringeren Anteil von nur 10 bis 20 Prozent im Osten gegenüber. Die "Gerechtigkeitslücke" zwischen Ost und West existiert also auch in den Köpfen der Menschen. Und es ist erstaunlich, dass diese in beiden Landesteilen über die gesamte Periode hinweg relativ konstant bleibt. Im Wahljahr 1998 sehen wir in beiden Landesteilen den niedrigsten Anteil derer, die die soziale Ungleichheit gerecht finden, worin sich vielleicht auch bereits der Regierungswechsel mit einem Wahlkampf abzeichnet, der von der rot-grünen Koalition weitgehend unter dem Vorzeichen des Schaffens von mehr sozialer Gerechtigkeit gewonnen wurde. Im Jahr 2000 steigt die Zustimmung und es finden wieder fast die Hälfte der Westdeutschen und fast 20 Prozent der Ostdeutschen die sozialen Unterschiede gerecht.

Tabelle 1: Die Gerechtigkeit sozialer Unterschiede im Land nach sozialstrukturellen Merkmalen

	Westdeutschland						Ostdeutschland			
	1984	1988	1991	1994	1998	2000	1991	1994	1998	2000
<i>Insgesamt</i>	48	41	48	46	35	47	15	12	10	18
<i>Geschlecht</i>										
Männer	49	41	53	48	36	49	15	14	12	22
Frauen	48	42	44	44	34	46	15	9	9	15
<i>Alter</i>										
18 - 35 Jahre	38	33	43	37	31	43	13	11	11	20
36 - 59 Jahre	53	42	52	49	34	47	16	12	11	17
Über 60 Jahre	56	53	52	53	39	54	17	13	8	18
<i>Bildung</i>										
Hochschulreife	45	37	48	46	37	45	13	14	13	22
Hochschulabschluss	-	44	50	50	37	49	13	14	10	21
<i>Erwerbsstatus</i>										
Selbständige	64	58	66	63	46	55	37	27	13	27
Arbeiter	41	37	44	42	31	47	17	10	12	19
Arbeitslose	28	24	28	31	19	33	15	8	6	14
Rentner	53	-	50	52	39	55	17	12	9	19
<i>Einkommenslage</i>										
Oberstes Quintil	60	51	55	54	41	57	16	18	15	16
Unterstes Quintil	38	29	43	38	28	42	14	7	6	11
<i>Religion</i>										
Keine	39	27	43	36	31	45	12	11	10	17
Katholisch	50	43	49	47	38	48	23	16	11	26
Evangelisch	49	43	47	46	33	47	21	13	9	20
<i>Politische Selbsteinschätzung</i>										
rechts	-	52	60	59	46	58	31	19	12	29
links	-	22	34	34	22	39	8	8	3	13

Quelle: ALLBUS 1980-98, 2000; eigene Berechnung.

Zustimmung zu der Aussage "Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht" (Prozentualer Anteil derer, die auf einer 4-stufigen Skala mit "stimme eher zu" und "stimme voll zu" geantwortet haben).

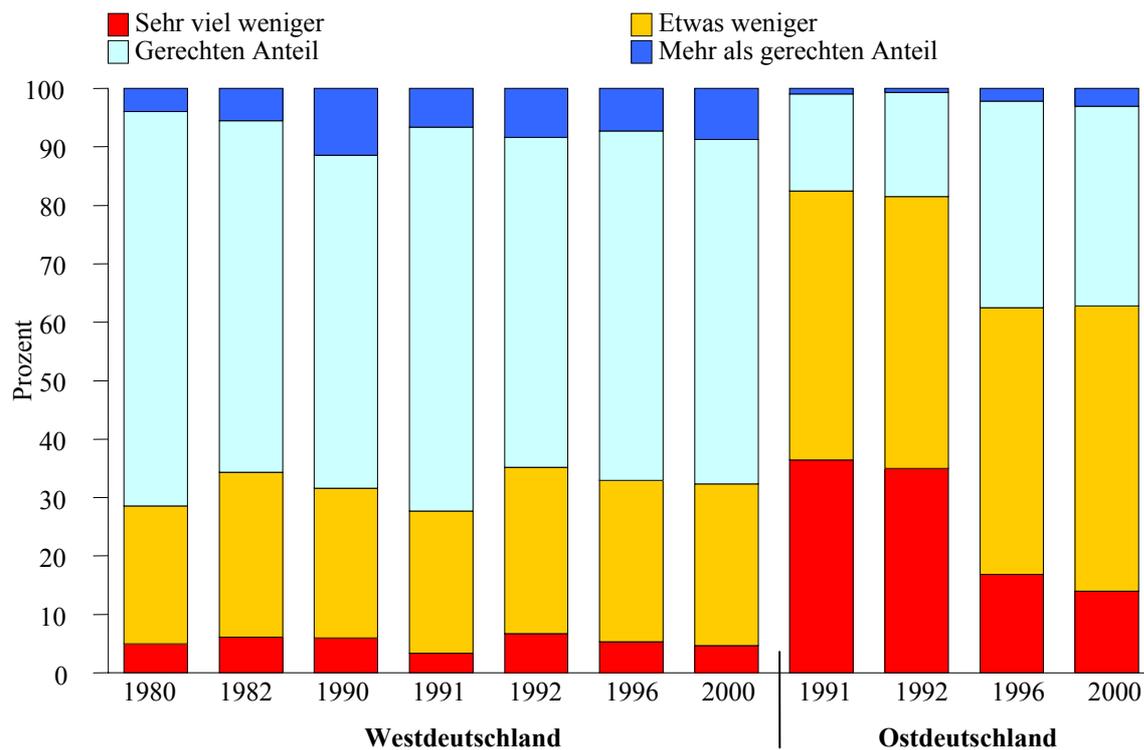
Wie Bevölkerungsgruppierungen in beiden Landesteilen die soziale Gerechtigkeit im Lande unterschiedlich einschätzen, wird in Tabelle 1 gezeigt, in der die prozentualen Anteile der Zustimmung zu der Aussage "Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht" nach soziodemographischen Merkmalen angegeben sind. Danach finden Männer in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen die sozialen Unterschiede im Land geringfügig gerechter als Frauen. Jüngere (18-35-jährige) Menschen in Westdeutschland schätzen die sozialen Unterschiede im Land als deutlich ungerechter ein als der Bevölkerungsdurchschnitt, ältere (über 60-jährige) dagegen finden diese deutlich gerechter. Ungewöhnlich ist der Befund, dass es in Ostdeutschland keinen deutlichen Alterseffekt zu geben scheint. Auch bei der Bildung der Bevölkerung zeichnet sich kein auffälliger Effekt auf die Einschätzung der Gerechtigkeit ab. Allenfalls ist in Ostdeutschland eine sich über die Jahre verstärkende Tendenz zu konstatieren, dass Abiturienten und Hochschulabgänger etwas mehr Gerechtigkeit wahrnehmen. Die Selbstständigen in beiden Landesteilen ist die Gruppierung, bei der der Anteil derer, die Gerechtigkeit verwirklicht sehen, am höchsten ist. Auch bei den Rentnern ist der Anteil in Ost und West höher als der des Bevölkerungsdurchschnitts. Arbeiter dagegen und vor allem Arbeitslose in beiden Landesteilen finden die soziale Situation im Land am wenigsten gerecht. Erwar-

tungsgemäß ergeben sich auch hinsichtlich der Einkommenslage der Bevölkerung deutliche Effekte in der Einschätzung.⁶ Diejenigen, die zu den 20 Prozent im obersten Einkommensspektrum der Gesellschaft gehören, finden die Situation im Land erheblich gerechter als diejenigen 20 Prozent im untersten Einkommensquintil. Unterscheidet man die Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit, fällt zunächst auf, dass diejenigen, die keiner Religion angehören, deutlich weniger Gerechtigkeit im Land wahrnehmen als Katholiken und Protestanten. Fast könnte man meinen, dass Religion vielleicht nicht ganz im marxischen Sinne "Opium für das Volk", zumindest aber eine sozialintegrative Funktion innehat, indem ihre Anhänger wesentlich dazu beitragen, die sozialen Unterschiede im Land als gerecht zu legitimieren. Betrachtet man zuletzt die Bevölkerung danach, inwieweit sie sich selbst als eher politisch links oder eher politisch rechts stehend einstuft⁷, ergibt sich der erwartete Befund, dass im politisch rechten Spektrum sich einordnende Personen die sozialen Unterschiede im Lande erheblich gerechter einschätzen als solche im politisch linken Feld. Grundsätzlich sollte jedoch betont werden, dass die sozialdemographischen Unterschiede insgesamt jeweils deutlich geringer ausfallen als der dominierende Ost-West-Unterschied.

Auch Abbildung 2 zeigt einen deutlichen Ost-West-Unterschied. Hier wurde der Bevölkerung die Frage gestellt: "Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger, oder sehr viel weniger?". Nicht nur, wenn es sich um eine Einschätzung der allgemeinen Situation im Land handelt, sondern auch, wenn es um den *eigenen* Anteil am Lebensstandard geht, wird eine "Gerechtigkeitslücke" zwischen Ost und West offensichtlich. Um die 30 Prozent der in Westdeutschland Befragten finden, dass sie weniger oder sehr viel weniger als den gerechten Anteil bekommen. Und über die Zeit hinweg verändert sich dieser Anteil nicht gravierend. Die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung findet jedenfalls, dass sie einen gerechten Anteil am Lebensstandard erhält. In Ostdeutschland dagegen ist der Anteil der sich depriviert fühlenden Menschen extrem hoch. 1991 und 1992 liegt er bei über 80 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung. 1996 fällt er um 20 Prozent auf noch immerhin knapp über 60 Prozent. Sicherlich drückt sich in diesem Ergebnis die gleich nach der Wende vergleichsweise deutlich schlechtere soziale Lage der Ostdeutschen aus. Obwohl die Vergleichsgruppe in der Fragestellung explizit genannt wurde (nämlich "andere Personen in Deutschland"), darf letztendlich angezweifelt werden, mit wem sich die Befragten genau vergleichen. Es ist zu vermuten, dass Ostdeutsche unmittelbar nach der Wende verstärkt nach Westen geblickt haben, sich also insgesamt eher mit Westdeutschen vergleichen. Vermutlich deshalb fällt der Anteil der Deprivierten in Ostdeutschland so hoch aus. Westdeutsche hingegen dürften sich eventuell weniger mit Ostdeutschen als vielmehr mit anderen Westdeutschen vergleichen. Aber diese Frage wird Spekulation bleiben müssen, da sie aus den Daten des ALLBUS, die ja nicht genuin aus gerechtigkeitstheoretischen Motiven und Überlegungen erhoben wurden, nicht eindeutig geklärt werden kann. 1996 ist jedenfalls der Anteil derer, die einen gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten, im Osten leicht gestiegen, auch wenn diese positive Entwicklung im Jahr 2000 bereits stagniert. Eine "Gerechtigkeitslücke" zwischen Ost und West ist in den Köpfen der Menschen noch immer nicht überwunden.

⁶ Die Bestimmung der Einkommenslage der Befragten wurde auf Basis des bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommens vorgenommen. Die Bedarfsgewichtung berücksichtigt die Haushaltszusammensetzung entsprechend der Berechnungsweise des Europäischen Statistischen Amtes (EUROSTAT). Die befragte Person wird mit dem Faktor "1", jede weitere erwachsene Person mit dem Faktor "0,5" und jedes Kind unter 14 Jahren mit dem Faktor "0,3" gewichtet.

⁷ Die politische Selbsteinstufung der Befragten erfolgte anhand einer 10-stufigen Links-Rechts-Skala. Die jeweils drei äußersten Skalenwerte bestimmen die Zuordnung zum jeweiligen politischen Spektrum.

Abbildung 2: Gerechter Anteil am Lebensstandard

Quelle: ALLBUS 1980-98, 2000; eigene Berechnung.

Prozentuale Anteile auf die Frage: Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland (bis 1990: hier in der Bundesrepublik) leben: Glauben Sie, dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger, oder sehr viel weniger?

Betrachtet man in Tabelle 2 die Unterschiede nach sozialstrukturellen Merkmalen, finden sich in der Einschätzung der eigenen Situation ähnliche Gruppenunterschiede wie bei der Beurteilung der gesamten Situation im Lande. Der Anteil derer, die der eigenen Einschätzung nach zu wenig und viel zu wenig am Lebensstandard teilhaben, ist bei denjenigen mit besserer Bildung und im höchsten Einkommensquintil, bei Angestellten, Beamten und vor allem Selbstständigen deutlich geringer, in den Reihen der Arbeiter und vor allem bei den Arbeitslosen dagegen deutlich höher. Auffallend ist, dass es hier so gut wie keinen Geschlechtseffekt gibt. Allenfalls partizipieren Frauen im Westen aus ihrer Selbsteinschätzung tendenziell geringer als Männer an einem gerechten Anteil am Lebensstandard. In Ostdeutschland dagegen wird dies eher von Männern verstärkt ausgesprochen. Es fällt auch auf, dass in Westdeutschland die jüngere Generation stärker angibt, einen geringeren Anteil am Lebensstandard zu haben, in Ostdeutschland ist dies dagegen vor allem die mittlere erwerbstätige Generation. Hinsichtlich der Religionszugehörigkeit ergibt sich ein uneinheitliches Bild im Westen, im Osten dagegen sind es vor allem die keiner Religionsgemeinschaft angehörenden Personen, die ihrer subjektiven Wahrnehmungen nach zu wenig an einem gerechten Anteil am Lebensstandard partizipieren. Es bleibt also festzuhalten, dass neben in beiden Landesteilen gemeinsamen auch spezifisch unterschiedliche soziodemografische Effekte zu finden sind. Aber auch hier gilt, dass der grundlegende Ost-West-Unterschied von Gruppenunterschieden innerhalb der Landesteile keinesfalls überlagert wird. Ost- und Westdeutschland sind noch immer weit von einer Angleichung in den Gerechtigkeitseinschätzungen der Menschen entfernt.

Tabelle 2: Gerechter Anteil am Lebensstandard nach sozialstrukturellen Merkmalen

	Westdeutschland							Ostdeutschland			
	1980	1982	1990	1991	1992	1996	2000	1991	1992	1996	2000
<i>Insgesamt</i>	29	34	32	28	35	33	32	82	82	63	63
<i>Geschlecht</i>											
Männer	29	34	29	28	33	33	33	82	81	63	66
Frauen	28	35	34	28	37	33	32	83	82	62	60
<i>Alter</i>											
18 - 35 Jahre	30	36	33	33	36	34	35	78	81	61	60
36 - 59 Jahre	28	35	30	25	34	33	33	86	84	68	70
Über 60 Jahre	28	31	32	25	36	30	29	80	76	54	55
<i>Bildung</i>											
Hochschulreife	19	23	25	19	21	20	23	75	81	54	49
Hochschulabschluss	-	-	20	16	17	18	19	79	83	56	56
<i>Erwerbsstatus</i>											
Selbständige	22	22	17	16	22	26	26	57	61	44	59
Beamte	18	31	19	23	20	16	8	(79)	(89)	(31)	(48)
Angestellte	23	28	30	24	29	30	28	82	81	56	58
Arbeiter	40	48	36	43	47	43	44	86	87	76	77
Arbeitslose	56	63	62	54	55	58	58	93	90	85	79
<i>Einkommenslage</i>											
Oberstes Quintil	18	19	21	18	19	18	18	77	79	50	50
Unterstes Quintil	41	52	46	40	49	47	49	81	89	74	75
<i>Religion</i>											
Keine	35	39	34	27	34	34	32	85	85	66	66
Katholisch	30	35	32	29	36	31	29	74	72	53	62
Evangelisch	27	33	31	26	35	33	33	79	75	56	53

Quelle: ALLBUS 1980-98, 2000; eigene Berechnung.

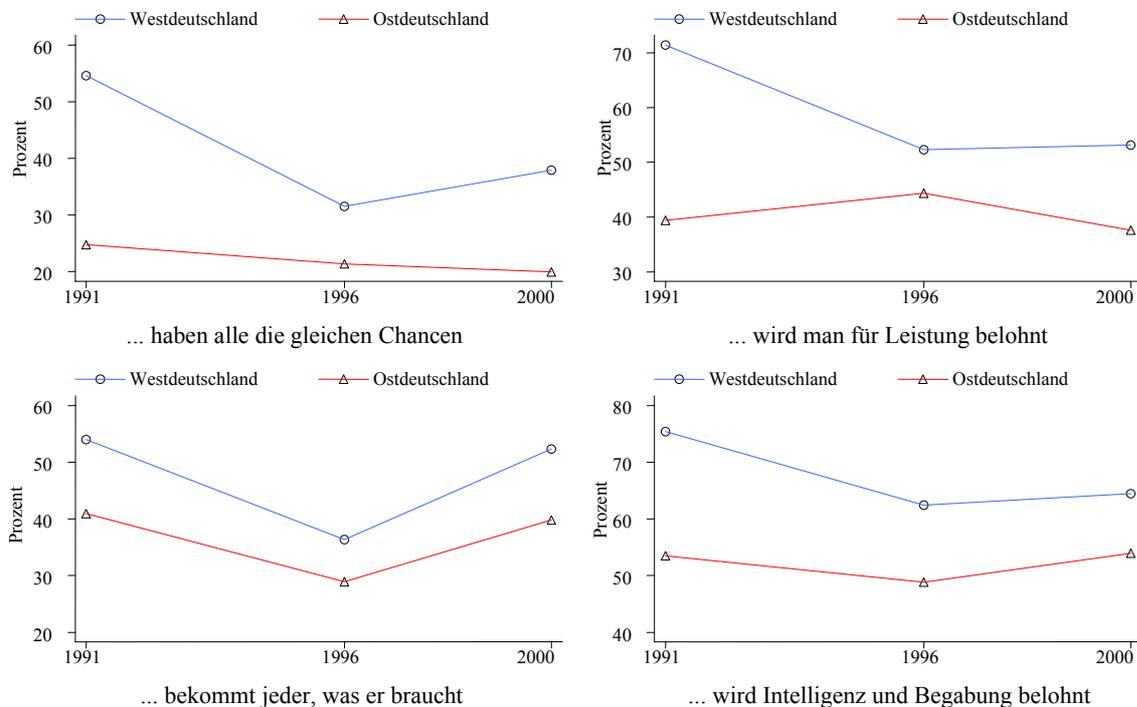
Prozentuale Anteile derer, die glauben, dass sie im Vergleich zu anderen in Deutschland etwas weniger oder sehr viel weniger als ihren gerechten Anteil erhalten.

5 Realisierung von Verteilungskriterien in Deutschland

Nach diesen eher allgemeinen Gerechtigkeitseinschätzungen der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland wird nun auf spezifische Auffassungen der Bevölkerung darüber eingegangen, wie (d.h. nach welchen Kriterien) in Deutschland Wohlstand tatsächlich verteilt wird, inwieweit Chancengleichheit gegeben ist, nach Leistung, Bedarf, Intelligenz und Begabung belohnt wird. In Abbildung 3 ist jeweils der prozentuale Anteil derer in Ost- und Westdeutschland 1991, 1996 und 2000 zu entnehmen, die den Aussagen insgesamt zustimmen. Augenfällig sind auf den ersten Blick auch hier die Ost-West-Differenzen in der Einschätzung, die sich allesamt zwar 1996 erheblich verringern, 2000 jedoch (bis auf eine Ausnahme) wieder deutlich vergrößern. Diese für die Legitimation des Verteilungsregimes zentralen Kriterien, nämlich Chancengleichheit, Leistungsprinzip und Bedarfsprinzip, sehen Westdeutsche insgesamt in Deutschland stärker verwirklicht als Ostdeutsche. Nur um die 20 Prozent der Ostdeutschen sieht die Chancengleichheit aller in Deutschland im Jahr 2000 gegeben, während es in Westdeutschland fast 40 Prozent sind. Knapp über die Hälfte der Westdeutschen meint 2000, dass man für Leistung belohnt wird und dass jeder Mensch das bekommt, was er braucht, während es in Ostdeutschland jeweils nur unter 40 Prozent der Befragten sind. Diese für das wirtschaftliche und soziale Selbstverständnis der Bundesrepublik zentralen Prinzipien sind also nur für einen vergleichsweise geringen Prozentsatz der Bevölkerung ihrer Einschätzung nach realisiert. Vor allem die Einbrüche

in Westdeutschland hinsichtlich der Chancengleichheit und des Leistungsprinzips 1996 und die der Tendenz nach kontinuierlich sinkende Wahrnehmung von Chancengleichheit bei den Ostdeutschen zeigt möglicherweise eine gewisse Desillusionierung über das Verteilungsregime.

Abbildung 3: In Deutschland ...



Quelle: ISJP 1991, 1996 & 2000, eigene Berechnungen.

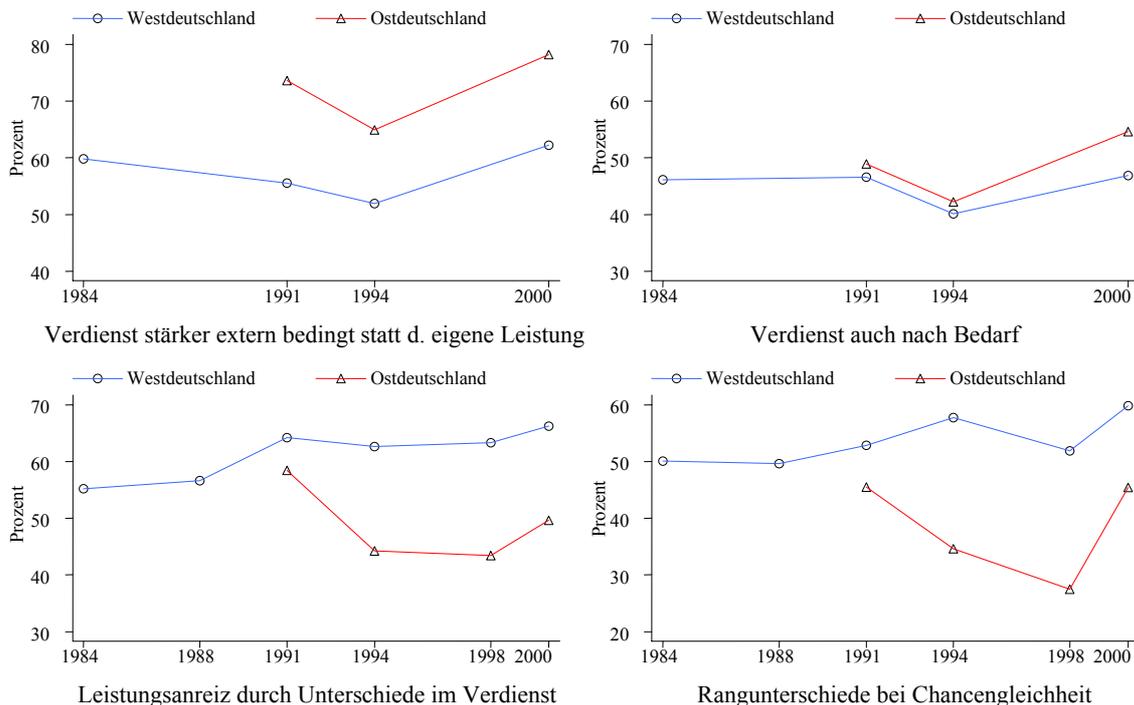
Zustimmung zu den Aussagen: "In Deutschland haben die Menschen heute alle die gleichen Chancen, um vorwärts zu kommen", "In Deutschland wird man heute für seine Leistung belohnt", "In Deutschland bekommt heute jeder, was er zum Leben braucht" und "In Deutschland wird es heute belohnt, intelligent und begabt zu sein" (Prozentualer Anteil derer, die auf einer 5-stufigen Skala mit "stimme zu" und "stimme voll und ganz zu" geantwortet haben).

6 Einstellungen zur Legitimation sozialer Ungleichheit

Neben der tatsächlichen Realisierung von Verteilungskriterien in Deutschland muss auch danach gefragt werden, wie stark welche Verteilungsprinzipien von der Bevölkerung überhaupt normativ präferiert werden und wie damit soziale Ungleichheit legitimiert wird. In Abbildung 4 ist wiederum der Anteil derer in Ost und Westdeutschland abgetragen, der entsprechende Aussagen zur Gültigkeit von Verteilungsprinzipien in der Gesellschaft befürwortet. Danach kann zunächst festgehalten werden, dass um die 60 Prozent der Westdeutschen und ein deutlich höherer Anteil der Ostdeutschen (zwischen 70 und 80 Prozent) der Auffassung sind, dass der eigene Verdienst weniger von eigenen Anstrengungen und Leistungen sondern vielmehr von externen Bedingungen (wie z. B. der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, dem Sozialstaats etc.) abhängig ist. Fast keinen Unterschied zwischen Ost und West gibt es hinsichtlich des Bedarfskriteriums bei der Verteilung des Einkommens. Zwischen 40 und 50 Prozent der Bevölkerung ist der Meinung, dass sich die Verteilung des Einkommens nicht allein nach den Leistungen des einzelnen bemessen sollte, sondern auch danach, was für ein anständiges Leben notwendig ist. Die dritte Aussage beinhaltet das funktionalistische Argument zur Legitimation von Einkommensunterschieden. Danach ist eine Einkommenshierarchie als Leistungsanreiz und Motivation zum Funktionieren der Gesellschaft notwendig. Erwartungsgemäß ist eine

mehrheitliche Zustimmung in Westdeutschland (mit ca. 60 bis 70 Prozent) mit steigender Tendenz in der Abbildung ersichtlich. Unmittelbar nach der Wende 1991 trifft dies auch für Ostdeutschland zu. Allerdings sinkt die Zustimmung auf einen Anteil von knapp über 40 Prozent bei der ostdeutschen Bevölkerung. Die anfängliche Euphorie der Ostdeutschen, dass nun die individuelle Leistung zählen sollte, scheint fünf Jahre nach der Wende bereits ernüchtert worden zu sein und Einkommensunterschiede werden von einer knappen Mehrheit abgelehnt.⁸ Dies unterstützt auch die letzte Aussage, indem Ostdeutsche Rangunterschiede zwischen Menschen deutlich weniger akzeptieren als Westdeutsche. Diese anfängliche Präferenz eines Individualismus in Ostdeutschland gleich nach der Wende ist bis 1998 erheblich gesunken, erst 2000 ist wieder eine Umkehrung mit einem deutlichen Anstieg an Zustimmung zur Leistungsideologie zu erkennen.

Abbildung 4: Legitimation von sozialer Ungleichheit



Quelle: ALLBUS 1980-98, 2000; eigene Berechnung.

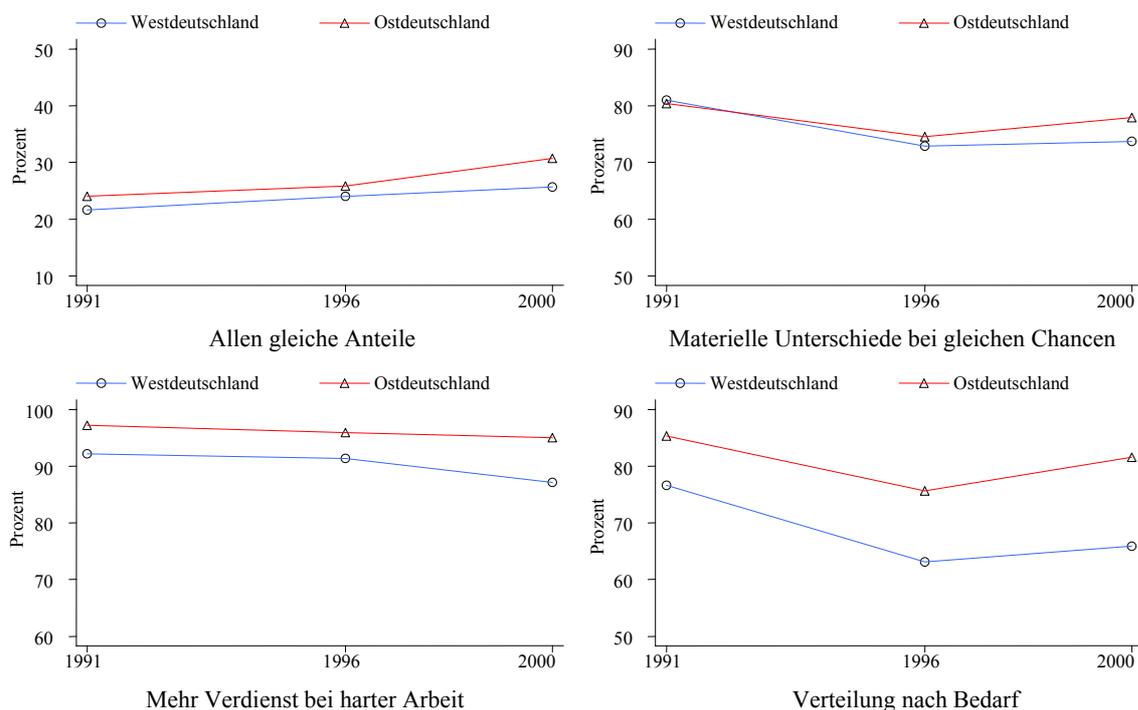
Zustimmung zu den Aussagen: "Was man im Leben bekommt, hängt gar nicht so sehr von den eigenen Anstrengungen ab, sondern von der Wirtschaftslage, der Lage auf dem Arbeitsmarkt, den Tarifabschlüssen und den Sozialleistungen des Staates", "Das Einkommen sollte sich nicht allein nach der Leistung des Einzelnen richten. Vielmehr sollte jeder das haben, was er mit seiner Familie für ein anständiges Leben braucht", "Nur wenn die Unterschiede im Einkommen und im sozialen Ansehen groß genug sind, gibt es auch einen Anreiz für persönliche Leistungen" und "Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im wesentlichen ausdrücken, was man aus den Chancen, die man hatte, gemacht hat" (Prozentualer Anteil derer, die auf einer 4-stufigen Skala mit "stimme eher zu" und "stimme voll zu" geantwortet haben).

⁸ Möglicherweise lässt sich der starke Individualismus unmittelbar nach der Wende auch dadurch erklären, dass die unzureichende Anerkennung und monetäre Belohnung von Leistung in der ehemaligen DDR gleich nach der Vereinigung in den Einstellungen der Menschen überkompensiert wurde. Die Menschen stimmen dem Leistungsgedanken zunächst stärker zu, weil das alte System diesem bedeutenden Gerechtigkeitsgesichtspunkt zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat.

7 Normative Vorstellungen über Verteilungsgerechtigkeit

Einen etwas anderen Blick auf die Präferenz von Gerechtigkeitsprinzipien erhält man, wenn die Aussagen anders formuliert sind und der Bezug zur Legitimation von sozialer Ungleichheit andere Konnotation erhält. In Abbildung 5 werden drei Formen des Egalitarismus unterschieden, nämlich der *strikte Egalitarismus*, also die Verteilung gleicher Anteile an alle, *Chancengleichheit*, nach der Ungleichheit nur bei gleichen Ausgangsbedingungen gerechtfertigt erscheint, und eine *Umverteilung nach dem Bedarfsprinzip* in dem Sinne, dass einer Person, die aus berechtigten Gründen etwas braucht, auch das Entsprechende gegeben wird. Hinzu kommt die Zustimmung zum Leistungsprinzip, nach dem harte Arbeit sich in einem höheren Verdienst niederschlagen sollte.

Abbildung 5: Normative Vorstellungen über Verteilungsgerechtigkeit



Quelle: ISJP 1991, 1996 & 2000, eigene Berechnungen.

Zustimmung zu den Aussagen: "Die gerechteste Art Einkommen und Vermögen zu verteilen wäre, allen gleiche Anteile zu geben", "Solange es gleiche Chancen für alle gibt, ist es gerecht, wenn einige mehr Geld und Vermögen als andere haben", "Es ist gerecht, dass Menschen, die hart arbeiten, mehr verdienen als andere" und "Am wichtigsten ist, dass die Menschen das bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn die Besserverdienenden dafür etwas von ihrem Einkommen abgeben müssen" (Prozentualer Anteil derer, die auf einer 5-stufigen Skala mit "stimme zu" und "stimme voll und ganz zu" geantwortet haben).

Es kann zunächst festgehalten werden, dass in der Zustimmung zu den Verteilungsvorstellungen nur geringe Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu finden sind (mit Ausnahme bei der Verteilung nach dem Bedarfsprinzip). Mit einer überwältigenden Mehrheit von über 90 Prozent in beiden Landesteilen ist die Zustimmung zum Leistungsprinzip am höchsten und bleibt sogar über die Zeit hinweg nahezu konstant (im Osten Tendenz leicht fallend).⁹ Es kann demnach nicht behauptet werden, dass Ostdeutsche grundsätzlich gegen eine ungleiche Verteilung von Lohn in einer Gesellschaft einge-

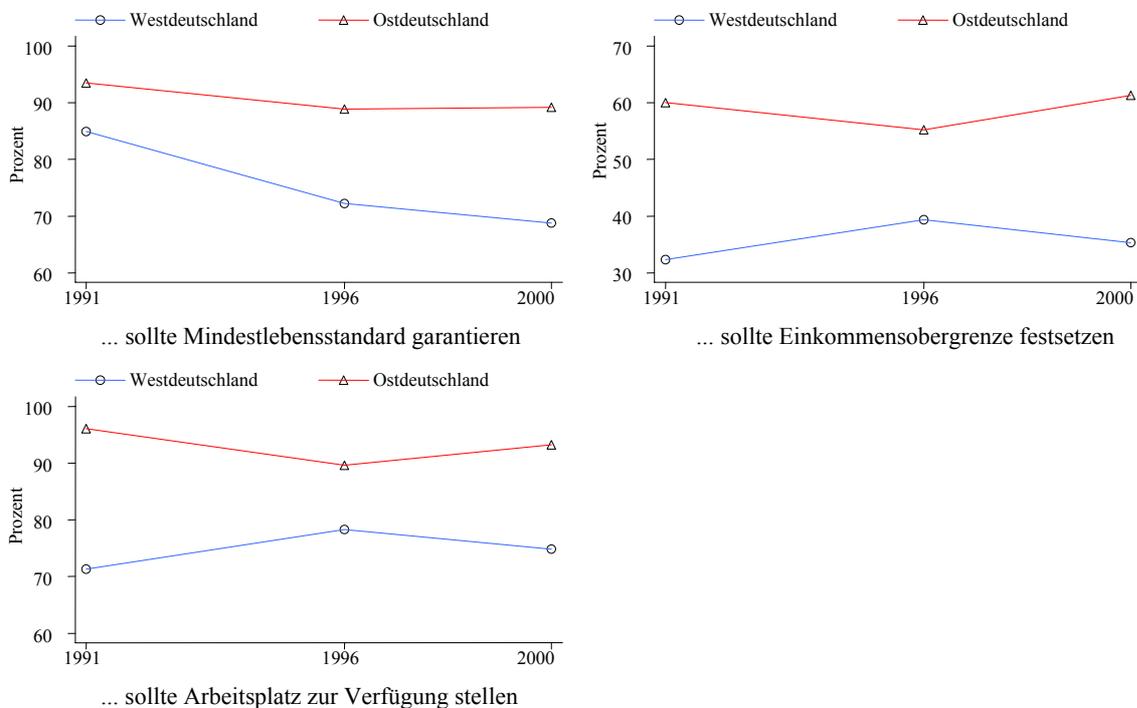
⁹ Widersprüche zu den Ergebnissen aus den ALLBUS-Daten können möglicherweise auf unterschiedliche Formulierungen und Konnotationen zurückgeführt werden.

stellt seien (vgl. Mika & Hauss 2001: 38). Auch das Bedarfsprinzip und die Legitimation sozialer Unterschiede unter der Voraussetzung von Chancengleichheit werden in beiden Landesteilen mehrheitlich unterstützt. Allerdings zeigt sich in der Gegenüberstellung, dass Chancengleichheit vergleichsweise stärker im Westen und das Bedarfsprinzip stärker im Osten befürwortet wird. Ebenso scheint die Zustimmung zu beiden Aussagen in beiden Landesteilen im Zeitverlauf tendenziell leicht zu sinken. Interessanterweise kann konstatiert werden, dass der strikte Egalitarismus in beiden Landesteilen nur von einer Minderheit von 20 bis 30 Prozent befürwortet wird. Eine vom DDR-Regime propagierte Gleichheitsideologie scheint in den Köpfen der Menschen in Ostdeutschland überwunden zu sein. Auch wenn in zeitlicher Perspektive zu sehen ist, dass die Zustimmung im Westen leicht, im Osten hingegen etwas stärker steigt, ist dies möglicherweise noch kein Zeichen dafür, dass eine egalitaristische ideologische Tradition aus vergangenen Zeiten wieder erwacht. Anders ist dies jedoch hinsichtlich des Eingreifens des Staates.

8 Etatismus – Eingreifen des Staates

Ein besonderer Aspekt der egalitaristischen Ideologie ist der Etatismus, also das Eingreifen des Staates meist zu Zwecken der Umverteilung und Absicherung. Mit Einstellungen dieser Art wird auf den für die Herstellung einer egalitäreren Gesellschaft durch Umverteilung zuständige Akteur gezielt, indem das Ausmaß der Staatstätigkeit zur Herstellung von Gerechtigkeit bestimmt wird. Erhoben wurde, inwieweit der Staat einen minimalen Lebensstandard garantieren, eine Obergrenze für die Einkommenshöhe festsetzen und für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen solle (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Der Staat ...



Quelle: ISJP 1991, 1996 & 2000, eigene Berechnungen.

Zustimmung zu den Aussagen: "Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren", "Der Staat sollte eine Obergrenze für die Einkommenshöhe festsetzen" und "Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen" (Prozentualer Anteil derer, die auf einer 5-stufigen Skala mit "stimme zu" und "stimme voll und ganz zu" geantwortet haben).

Ein grober Blick auf die Grafiken zeigt, dass die Befürwortung der drei Staatsaufgaben in Deutschland sehr groß ist. Mit Ausnahme der Festsetzung einer Obergrenze für Einkommen in Westdeutschland findet sich in allen drei Bereichen eine deutliche Mehrheit in beiden Landesteilen. Dabei liegt der Anteil derer, die für mehr Staat plädieren, in Ostdeutschland insgesamt jeweils wesentlich höher als in Westdeutschland. Die Aufgabe der Bereitstellung eines Arbeitsplatzes erhält im Osten mit einer nach der Wende anhaltend höheren Arbeitslosenquote die größte Zustimmung, im Westen erhält sie erst 1996 eine größere Bedeutung. In Ostdeutschland ist die hohe Arbeitslosigkeit nach dem Ende der "Arbeitsgesellschaft" DDR, die Vollbeschäftigung und die Erwerbstätigkeit von Frauen garantierte, aus der Sicht der Menschen verständlicherweise das zentrale Problem (vgl. dazu mehr bei Lippl 2001). Aber auch in Westdeutschland gewinnt die staatliche Arbeitsplatzgarantie einen deutlichen Bedeutungszuwachs. Dies wird angesichts der insgesamt hohen, vor allem aber auch der im Westen steigenden Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum verständlich (vgl. die Zahlen in Statistisches Bundesamt 2002: 91). Nur weniger wichtig ist im Osten und ab 1996 auch im Westen die Garantie eines minimalen Lebensstandards. Weit geringer wird im Osten die Staatsaufgabe befürwortet, eine obere Einkommensgrenze festzulegen. Im Westen wird diese Staatsaufgabe sogar nur von einer Minderheit von 30 bis 40 Prozent getragen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich die Einstellungen der Menschen in beiden Landesteilen zwar 1996 geringfügig angenähert haben, im Jahr 2000 dagegen sind Ost und West jedoch wieder weit voneinander entfernt. Dass Etatismus in Ostdeutschland insgesamt wesentlich stärker als im Westen befürwortet wird, kann einerseits durch das Fortwirken von Einstellungsmustern aus DDR-Zeiten erklärt werden. Danach haben Ostdeutsche ein Staatsverständnis, das auf staatliche Betreuung, Versorgung und Kontrolle des Einzelnen abzielt und Eigeninitiative und Selbstverantwortung vernachlässigt (vgl. Meulemann 1996: 279; Veen 1997: 21). Andererseits sind jedoch auch transformationspezifische situative Erklärungen aus der Zeit nach der Wende denkbar, wonach Ostdeutsche eine stärkere Unterstützung durch den Staat erwarten, weil der Umgang mit Unsicherheiten des neuen Sozial- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik erst erlernt werden muss und Einstellungen als situative Reaktion auf aktuelle Lagen zu verstehen sind (Pollack 1996). Beide Interpretationsmöglichkeiten zum Wandel etatistischer Einstellungen im Zuge des deutschen Transformationsprozess sind vorstellbar und werden in den Sozialwissenschaften debattiert, auch wenn mangels Daten aus der Zeit vor der Wende der Streit zwischen beiden Argumentationszusammenhängen nicht mit empirischer Gewissheit geklärt werden kann. Auch wenn möglicherweise beide Erklärungsmuster Plausibilität beanspruchen können, scheint der anhaltend höhere Etatismus in Ostdeutschland, der 2000 sogar wieder deutlich zunimmt, gegen die Sozialisationsthese zu sprechen, denn nach dieser dürfte eine Annäherung zwischen Ost und West erwartet werden.

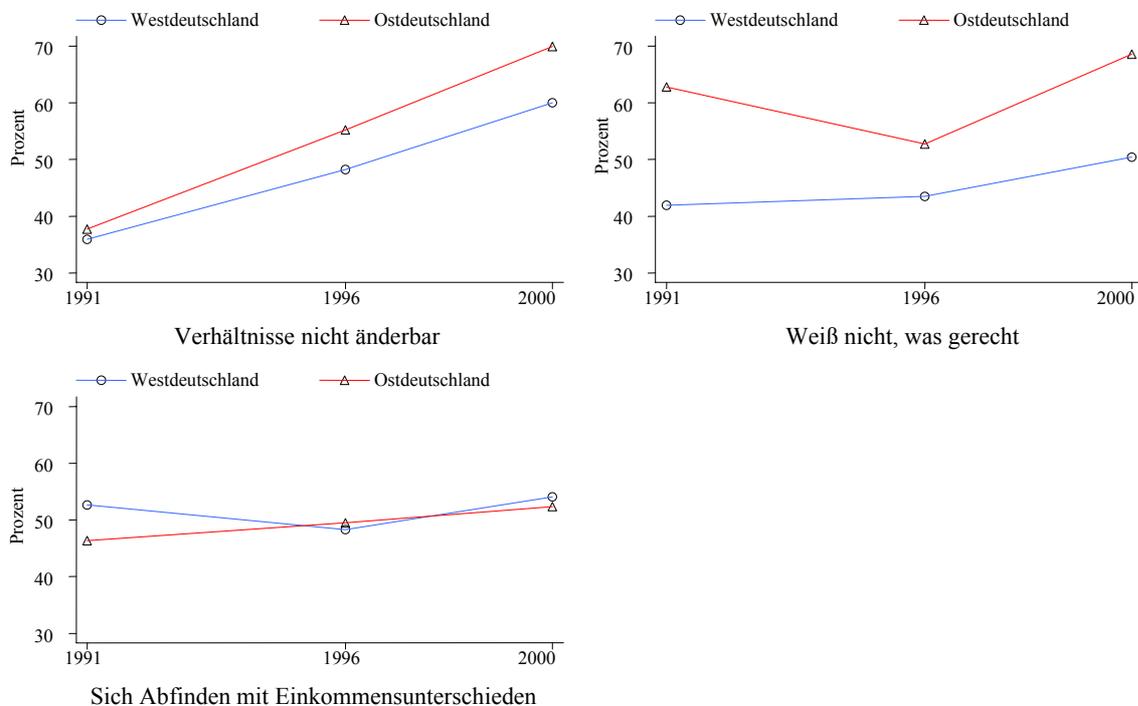
9 Gerechtigkeitsfatalismus

Auch der Gerechtigkeit negierende Fatalismus ist eine Gerechtigkeitsvorstellung, die für empirische Analysen bedeutsam ist.¹⁰ In der fatalistischen Gerechtigkeitsideologie wird Resignation und Enttäuschung über den Verlust einer sozialen Wertbasis ausgedrückt, indem einerseits schicksalhaft die sozialen Verhältnisse hingenommen werden und andererseits vor dem selbstbewussten Vertreten eigener Werthaltungen kapituliert wird. In Abbildung 7 wird die Entwicklung dieser beiden subjektiven Komponenten des Fatalismus in den 90er Jahren nachgezeichnet. Es kann zunächst festgehalten werden,

¹⁰ Vor dem Hintergrund einer allgemeinen Kulturtheorie (Douglas 1982) konnte überzeugend dargelegt werden, dass fatalistische Gesinnungen eine Reaktion auf soziale Isolation, geringe soziale Einbindung und wenig hierarchische soziale Strukturierung sind (vgl. Wegener 2003; Wegener & Liebig 1998).

dass Ostdeutsche deutlich fatalistischer sind als Westdeutsche. Ferner ist zu konstatieren, dass in beiden Landesteilen Fatalismus in der Bevölkerung stark zugenommen hat. Dass sich die Verhältnisse nicht ändern lassen, denken 1991 knapp unter 40 Prozent in Ost- und Westdeutschland, im Jahr 2000 sind dies jedoch der überwiegende Bevölkerungsanteil von 60 Prozent der Westdeutschen und 70 Prozent der Ostdeutschen. Dieser dramatische Zuwachs an Schicksalsergebenheit in Deutschland ist möglicherweise eine Folge ungelöster sozialer, politischer und wirtschaftlicher Probleme bis heute, die zwar kontrovers diskutiert werden, ein entsprechend engagiertes politisches Handeln jedoch nicht nach sich gezogen haben (z.B. die Diskussionen um den "Reformstau", den "Ruck" durch Deutschland, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit oder den Umbau des Sozialstaates). Auch hinsichtlich der selbst bezogenen fatalistischen Variante, dass man gar nicht mehr wisse, was eigentlich gerecht sei, ist ein steigender Anteil innerhalb der Bevölkerung in beiden Landesteilen in den 90er Jahren zu erkennen. Auch wenn zwischen 1991 und 1996 dieser Anteil in Ostdeutschland etwas abnimmt, wird er im Jahr 2000 mehr als ausgeglichen.

Abbildung 7: Fatalismus



Quelle: ISJP 1991, 1996 & 2000, eigene Berechnungen.

Zustimmung zu den Aussagen: "Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen", "So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist" und "Die gegenwärtigen Einkommensunterschiede zwischen den Berufen bestehen, weil die meisten Menschen sich damit einfach abfinden" (Prozentualer Anteil derer, die auf einer 5-stufigen Skala mit "stimme zu" und "stimme voll und ganz zu" geantwortet haben).

Welche Gruppierungen innerhalb der Bevölkerung stärker von Fatalismus betroffen sind, ist in Tabelle 3 zu entnehmen, in der der Anteil derer abgetragen ist, die der Aussage zustimmen, dass es zwecklos ist, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen. Danach sind es in beiden Landesteilen vor allem die unteren sozialen Schichten (im untersten Einkommensquintil), die sich politisch eher rechts einstufen, die Arbeiter und die Rentner. Besonders augenfällig ist, dass diejenigen, die keinen Abschluss oder einen Hauptschulabschluss haben, und diejenigen, die über 60 Jahre alt sind, stärker fatalistisch sind als solche mit höherer Bildung und nicht

im hohen Alter. Im Osten Deutschlands weitet sich Fatalismus auch auf diejenigen im mittleren erwerbsfähigen Alter und auf solche mit mittlerer Reife beziehungsweise Realschulabschluss aus. Interessant ist auch das Fehlen eines Geschlechtseffektes, allenfalls sind Frauen im Westen geringfügig fatalistischer als Männer.

Fatalismus ist in Ostdeutschland nicht nur insgesamt höher, sondern auch in mehr sozialen Gruppierungen zu finden. Dass Fatalismus in Ostdeutschland weiter verbreitet ist als in Westdeutschland, wäre angesichts der Radikalität der Transformationsprozesse, der Neusortierung der Menschen in Gewinner und Verlierer und der mit dem Systemwechsel einhergehenden Erschütterungen der Wertbasis verständlich zu erklären. Dass Fatalismus auch in Westdeutschland enorm verbreitet ist und zudem in beiden Landesteilen deutlich zunimmt, deutet vermutlich auf grundlegende Unsicherheiten aber auch auf mangelnde politische Entschlossenheit der Eliten bei der Modernisierung des Landes hin. Möglicherweise ist eine Entwicklung Deutschlands zu einer fatalistischen Gesellschaft durch eine klare Politik zu bremsen, die den Menschen Gerechtigkeitsvorstellungen hinter politischen Verteilungsprozessen plausibel erklärt.

Tabelle 3: Fatalismus ("Verhältnisse nicht veränderbar") nach sozialstrukturellen Merkmalen

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1991	1996	2000	1991	1996	2000
<i>Insgesamt</i>	36	48	60	38	55	70
<i>Geschlecht</i>						
Männer	33	48	59	34	55	70
Frauen	39	49	61	41	55	70
<i>Alter</i>						
18 - 35 Jahre	31	47	55	37	52	59
36 - 59 Jahre	33	48	60	35	54	72
Über 60 Jahre	47	51	64	45	60	73
<i>Bildung</i>						
Kein Abschluss, Hauptschule	41	56	68	47	61	80
Mittlere Reife, Realschule	24	46	57	37	57	74
(Fach-)Hochschulreife	19	33	45	22	45	45
Hochschulabschluss	15	38	42	26	48	51
<i>Erwerbsstatus</i>						
Selbständige	31	39	47	34	58	63
Beamte	16	33	47	46	32	61
Angestellte	32	49	57	35	49	64
Arbeiter	38	61	68	37	57	72
Arbeitslose	38	59	63	39	69	79
Rentner	47	52	64	45	58	73
<i>Einkommenslage</i>						
Oberstes Quintil	24	43	54	30	47	64
Unterstes Quintil	42	49	66	44	59	72
<i>Politische Selbsteinschätzung</i>						
rechts	40	61	67	40	56	77
links	27	40	47	32	48	61

Quelle: ISJP 1991, 1996 & 2000, eigene Berechnungen.

Zustimmung zur Aussage: "Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen" (Prozentualer Anteil derer, die auf einer 5-stufigen Skala mit "stimme zu" und "stimme voll und ganz zu" geantwortet haben).

10 Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Erwerbseinkommens

Das Erwerbseinkommen als materielle Entlohnung für Erwerbsarbeit ist von zentraler Bedeutung im Leben der Menschen, da mit ihm gesellschaftliche Stellung und Anerkennung der eigenen Leistungen für die Gesellschaft verbunden sind. Daher werden nun abschließend einige Ergebnisse zur "Belohnungsgerechtigkeit" (Wegener 1999), nämlich der Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Erwerbseinkommens der Befragten präsentiert. Die erwerbstätige Bevölkerung wurde nach der Höhe des eigenen monatlichen Erwerbseinkommens und nach der Höhe eines aus ihrer Sicht gerechten eigenen monatlichen Erwerbseinkommens gefragt. Gerechtigkeit kommt bei einer in der Analyse vorgenommenen Kombination der beiden Einkommensbeträge ins Spiel, indem sie ins Verhältnis gesetzt werden. Die wahrgenommene Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Erwerbseinkommens lässt sich – ohne die theoretischen und methodischen Hintergründe einer damit verbundenen mathematischen Gerechtigkeitstheorie an dieser Stelle weiter zu vertiefen – nach folgender Formel berechnen (zu dieser Gerechtigkeitstheorie vgl. Jasso 1978, 1980; Jasso & Wegener 1997):

$$JE_{\text{Einkommen}} = \ln \left[\frac{\text{Tatsächliches Einkommen}}{\text{Gerechtes Einkommen}} \right]$$

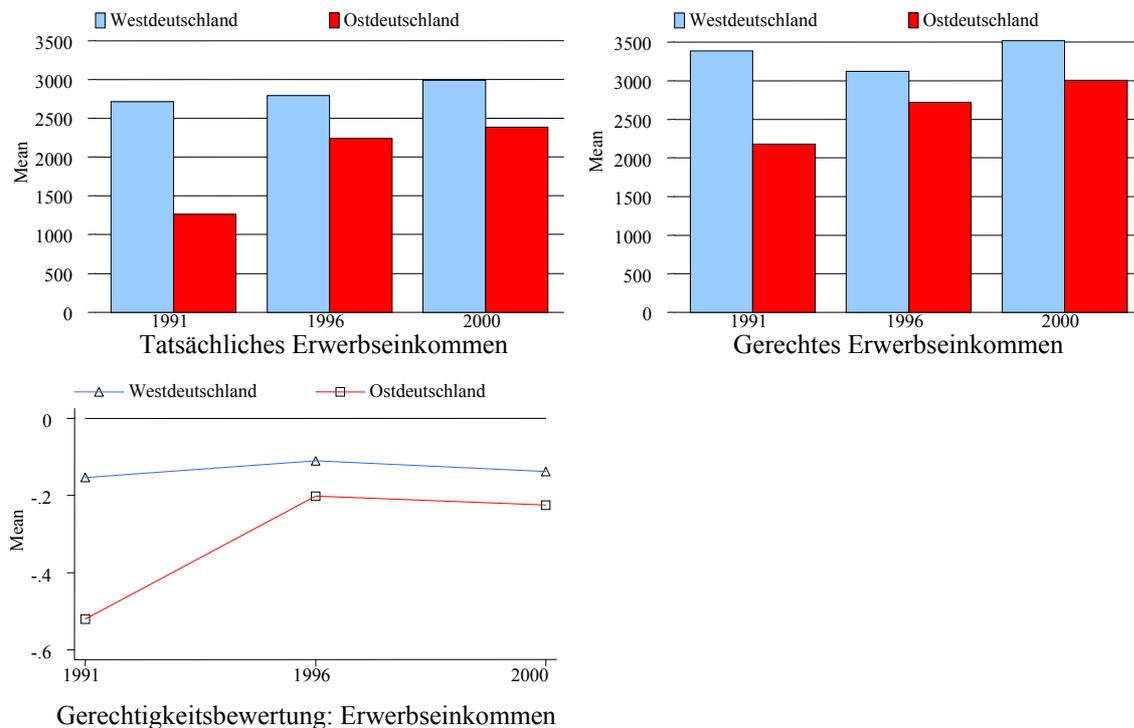
Wenn der tatsächliche Einkommensbetrag höher als das gerechte ist, liegt eine Überbelohnung der Person vor und bei der Berechnung der Gerechtigkeitsbewertung ergeben sich positive Werte. Umgekehrt entsteht der Fall von Unterbelohnung, wenn eine Person weniger Einkommen bezieht, als ihr gerechterweise zusteht, also der angegebene gerechte Einkommensbetrag größer als der tatsächliche ist. Es ergeben sich negative Werte der Gerechtigkeitsbewertung. Gerechte Entlohnung wird dann empfunden, wenn tatsächliches und gerechtes Einkommen gleich hoch sind und die Berechnung der Gerechtigkeitsbewertung den Wert "Null" ergibt.

In Abbildung 8 wird zunächst die Entwicklung des durchschnittlichen tatsächlichen und gerechten eigenen Erwerbseinkommens in Ost- und Westdeutschland grafisch dargestellt. Eine der augenfälligsten Veränderungen ist die Angleichung der tatsächlichen Erwerbseinkommen zwischen Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 1996, die sich aber bis 2000 nicht mehr in diesem Maße fortsetzt.¹¹ Die durchschnittlichen gerechten Erwerbseinkommen ergeben dasselbe Bild, weisen aber insgesamt höhere Werte auf. Schon hieraus kann geschlossen werden, dass sich erwartungsgemäß sowohl Ost- als auch Westdeutsche in ihren Erwerbseinkommen im Schnitt ungerechterweise als zu gering entlohnt fühlen. Die dritte Grafik zeigt daher auch negative Werte bei der berechneten wahrgenommenen Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Erwerbseinkommens. Die Ostdeutschen nehmen sich vor allem 1991 besonders stark als unterbelohnt war. 1996 wird diese starke Wahrnehmung einer Unterbelohnung dagegen reduziert. Diese Reduktion ist verständlich, führt man sich die deutliche Angleichung der Ostlöhne an Westgehälter in diesem Zeitraum vor Augen, die sich hier entsprechend in der Wahrnehmung der Gerechtigkeit des eigenen Einkommens niederschlagen (Wegener, Lippl & Christoph 2000: 143). In beiden Landesteilen hält sich die Bevölkerung 1996 als weniger unterbelohnt als noch 1991. Von 1996 auf 2000 sinkt die Gerechtigkeitsbewertung in beiden Landesteilen jedoch wieder geringfügig. Die wahrgenommene ungerechte Unterbelohnung hinsichtlich der eigenen Erwerbseinkommen nimmt also zwischen 1996 und 2000 wieder etwas zu. Diese Entwicklung fällt in die Phase einer stagnierenden Lohnanpassung (der Ostlöhne an das Westniveau), weshalb vermutlich

¹¹ Das durchschnittliche verfügbare Nettoeinkommen hat sich von 1990 bis 1996 in Ostdeutschland verdoppelt und ist um 41,9% gestiegen, in Westdeutschland ist es um 9,7% angestiegen (berechnet nach Statistisches Bundesamt 1997: 263).

die Differenz in der Gerechtigkeitsbewertung zwischen Ost- und Westdeutschland in diesem Zeitraum nicht mehr geringer wurde.

Abbildung 8: Tatsächliches, gerechtes eigenes Erwerbseinkommens und Gerechtigkeitsbewertung



Quelle: ISJP 1991, 1996 & 2000, eigene Berechnungen.

Einkommensangaben in DM, zum Hintergrund der Berechnung der Gerechtigkeitsbewertung vgl. Jasso & Wegener (1997).

In Tabelle 4 sind die Mittelwerte der Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Erwerbseinkommens in beiden Landesteilen über die Zeit für verschiedene Bevölkerungsgruppierungen abgetragen. Erwartungsgemäß zeigt sich, dass sich die Bevölkerung in der untersten Einkommensschicht, diejenigen mit keinem Schulabschluss bzw. Hauptschulabschluss und Frauen in beiden Landesteilen als stärker unterbelohnt wahrnehmen. Auffällig ist auch, dass sich Selbständige in beiden Landesteilen deutlich mehr unterbelohnt fühlen. Beschäftigte im öffentlichen Dienst dagegen empfinden sich weniger ungerecht unterbelohnt. Ein deutlicher Ost-West-Unterschied findet sich beim Alter. Während es in Ostdeutschland die Alten über 60 Jahre sind, die sich als zu gering entlohnt ansehen (2000 auch die ganz jungen), sind es in Westdeutschland eher die jungen Erwerbstätigen.

Tabelle 4: Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Erwerbseinkommens nach sozialstrukturellen Merkmalen

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	1991	1996	2000	1991	1996	2000
<i>Insgesamt</i>	-0.15	-0.11	-0.14	-0.52	-0.20	-0.22
<i>Geschlecht</i>						
Männer	-0.14	-0.10	-0.12	-0.51	-0.20	-0.20
Frauen	-0.18	-0.13	-0.17	-0.53	-0.21	-0.26
<i>Alter</i>						
18 - 35 Jahre	-0.13	-0.13	-0.16	-0.46	-0.20	-0.25
36 - 59 Jahre	-0.17	-0.09	-0.13	-0.55	-0.20	-0.21
Über 60 Jahre	-0.12	-0.04	-0.13	-0.92	-0.28	-0.28
<i>Bildung</i>						
Kein Abschluss, Hauptschule	-0.16	-0.15	-0.15	-0.53	-0.27	-0.18
Mittlere Reife, Realschule	-0.13	-0.10	-0.13	-0.47	-0.21	-0.24
(Fach-)Hochschulreife	-0.11	-0.07	-0.14	-0.68	-0.14	-0.20
Hochschulabschluss	-0.11	-0.04	-0.15	-0.70	-0.16	-0.18
<i>Erwerbsstatus</i>						
Selbständige	-0.33	-0.14	-0.18	-0.59	-0.27	-0.32
Beamte	-0.11	-0.09	-0.09	-0.56	-0.08	-0.15
Angestellte	-0.12	-0.10	-0.13	-0.54	-0.19	-0.21
Arbeiter	-0.16	-0.11	-0.15	-0.47	-0.22	-0.22
<i>Öffentlicher Dienst</i>	-0.14	-0.10	-0.10	-0.64	-0.15	-0.19
<i>Einkommenslage</i>						
Oberstes Quintil	-0.10	-0.06	-0.10	-0.44	-0.12	-0.16
Unterstes Quintil	-0.27	-0.24	-0.23	-0.73	-0.38	-0.35

Quelle: ISJP 1991, 1996 & 2000, eigene Berechnungen.

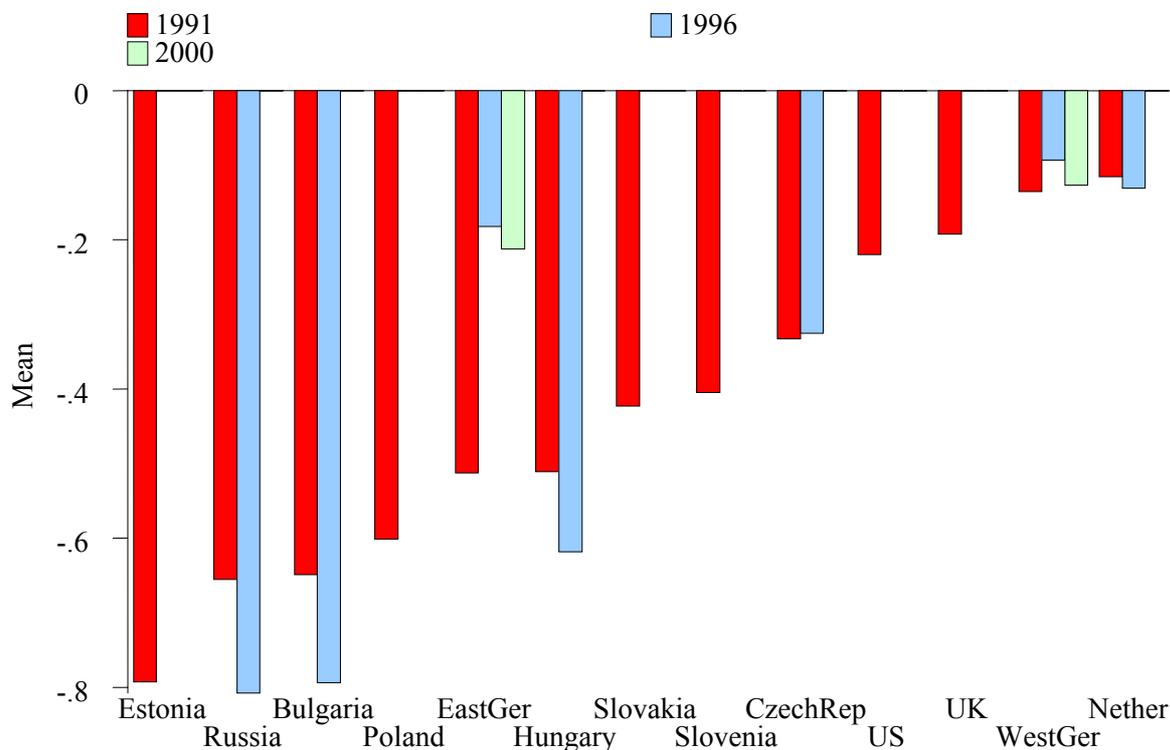
Mittelwerte der Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Erwerbseinkommens; zur Berechnung vgl. Jasso & Wegener (1997).

Zum Schluss sollte der Blick aus einer internationalen Perspektive eingenommen werden, der eine differenziertere Sicht auf die Gerechtigkeitsbewertung der Erwerbseinkommen in Deutschland erlaubt, indem beide Teile Deutschlands zusammen mit anderen westlichen und anderen osteuropäischen Transformationsländern im Vergleich betrachtet werden. In Abbildung 9 sind die Mittelwerte der Gerechtigkeitsbewertungen in verschiedenen Ländern (geordnet nach der Situation 1991) abgetragen.

Grundsätzlich ist zu sehen, dass sich die Bevölkerungen der osteuropäischen Transformationsländer 1991 deutlich stärker ungerechterweise als zu niedrig entlohnt wahrnehmen als die Bevölkerungen in westlichen Ländern, die aus dieser Vergleichsperspektive in den Gerechtigkeitsbewertungen dicht beieinander liegen. Die Entlohnung wird 1991 in Estland, Russland, Bulgarien und Polen noch ungerechter wahrgenommen als in Ostdeutschland. In Ungarn, der Slowakei, in Slowenien und in der Tschechischen Republik dagegen wird sie als gerechter wahrgenommen als in Ostdeutschland. Ostdeutschland liegt also 1991 im Mittelfeld der Transformationsländer. Betrachtet man nun die Situation fünf Jahre später in den Ländern, in denen auch 1996 Daten vorliegen, so kann zunächst festgehalten werden, dass die Entlohnung in allen Ländern mit Ausnahme der Tschechischen Republik und Ostdeutschland als noch ungerechter wahrgenommen wird. Die augenfällig deutlichste Verbesserung aus dieser Vergleichsperspektive findet sich in Ostdeutschland 1996, die fast an das Niveau von Westdeutschland herankommt. Aus dieser Perspektive kann das durch starke Lohnanpassung in Ostdeutschland induzierte vergleichsweise geringe Ungerechtigkeitsempfinden in der Entlohnung der

eigenen Erwerbsarbeit als erfolgreicher Ost-West-Anpassungseffekt im Rahmen des deutschen Transformationsweges gewertet werden.

Abbildung 9: Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Erwerbseinkommens in verschiedenen Ländern

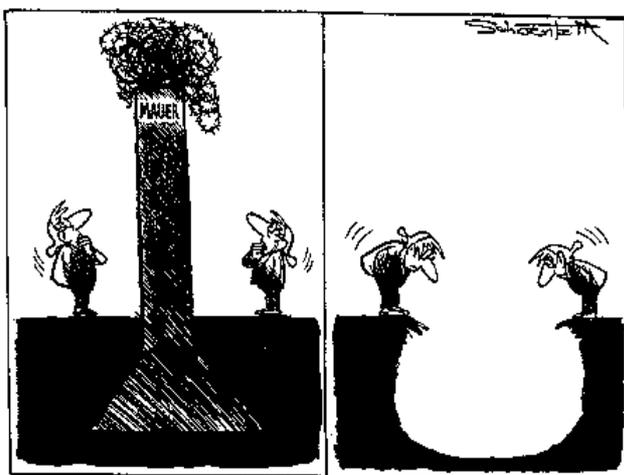


Quelle: ISJP 1991, 1996 & 2000, eigene Berechnungen.

Zum Hintergrund der Berechnung der Gerechtigkeitsbewertung vgl. Jasso & Wegener (1997).

11 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In diesem Beitrag sollte verdeutlicht werden, was die empirische Gerechtigkeitsforschung im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Diskurses über Gerechtigkeit zu leisten vermag, indem beispielhaft einige deskriptive Ergebnisse für das vereinte Deutschland vorgestellt wurden. Der Systemwechsel in



Quelle: Das Parlament vom 1./8. Juli 1994, S. 15, entnommen aus: Schoenfeld, Karl-Heinz: Das kleine Karakiri, Leipzig 1993.

Ostdeutschland hat zwar bereits äußerlich zu einer Einheit Deutschlands geführt, von einer "inneren Einheit" (Kaase 1996) der beiden Landesteile in den Einstellungen und Wertungen der Bevölkerung kann jedoch noch nicht gesprochen werden. Nach dem Einreißen der Mauer wurde ein Graben hinterlassen, der erst langsam von beiden Seiten aufgeschüttet werden muss (vgl. das Cartoon links). Wie lange Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen "in den Köpfen" noch untersucht werden müssen, ist dabei ungewiss und muss der empirischen Beobachtung überlassen bleiben. In jedem Fall ist mit dem Ende des sozialistischen Gesell-

schaftssystems der DDR, das "durch ein relativ geringes Maß an sozialer Ungleichheit und eine umfassende Daseinsvorsorge durch den Staat gekennzeichnet war" (Braun 1998: 115), die Frage nach den subjektiven Gerechtigkeitsbewertungen der sich damit verändernden sozialen Ungleichheitsstruktur durch Ost- und Westdeutsche aufgeworfen, von deren Beantwortung langfristig die Integration eines geeinten Deutschlands abhängt.

Deutlich verschieden bewerten Ost- und Westdeutsche die Gerechtigkeit der sozialen Unterschiede im Land und die eigene Partizipation an einem gerechten Lebensstandard. Diese "Gerechtigkeitslücke in den Köpfen" hat sich 10 Jahre nach der Wende nur wenig verringert. Ostdeutsche empfinden allgemein die Situation im Land und ihre eigene Lage als jeweils ungerechter als Westdeutsche. Auch hinsichtlich der normativen Präferenz von Gerechtigkeitsprinzipien und der Einschätzung ihrer gesellschaftlichen Verwirklichung in Deutschland gibt es teilweise erhebliche Unterschiede. Vor allem hinsichtlich der Aufgaben des Staates befürworten Ostdeutsche deutlich stärker als Westdeutsche ein stärkeres Engagement, egal, ob dies als Sehnsucht an vergangene Zeiten oder als berechtigte aktuelle Reaktion auf deutlich höheren Problemdruck in Ostdeutschland interpretiert wird. Vor allem die Bereitstellung von Arbeitsplätzen wird dem Staat deutlich als Aufgabe zugewiesen. Auch kann eine Inkonsistenz in den Gerechtigkeitsideologien in Ostdeutschland festgehalten werden, dass nämlich die Befürwortung einer stärkeren Rolle des Staates und eine stärkere Präferenz von Egalitarismus nicht unbedingt bedeutet, dass Leistungsgerechtigkeit und Individualismus abgelehnt würden (Liebig & Wegener 1995). Die Neustrukturierung des sozialen Lebens mit Gewinnen und Verlusten nach der Wende und die nunmehr lang anhaltende wirtschaftliche Krise haben möglicherweise zu einer Erschütterung der Wertbasis in beiden Landesteilen geführt, die sich in der besorgniserregenden Zunahme an Gerechtigkeitsfatalismus in Ost und West äußert. Dennoch scheint Gerechtigkeit im Zusammenwachsen dessen, was zusammen gehört (W. Brandt), keine Chimäre zu sein, sondern ein machbares Unterfangen sein. Mit einer starken Angleichung der östlichen Löhne an Westniveau konnte Ungerechtigkeitsempfinden bei der Entlohnung der Erwerbsarbeit deutlich abgebaut werden. Hier zeigt vor allem der internationale Vergleich (mit anderen Transformationsländern), dass das Herz Ostdeutschlands längst mit dem Puls westlicher Länder schlägt.

Literatur

- Abercrombie, Nicholas/Hill, Stephen/Turner, Bryan S. (1980): *The Dominant Ideology Thesis*, London; Boston; Sydney: Allen & Unwin.
- Adams, John S. (1965): *Inequity in Social Exchange*, in: Berkowitz, Leonard (Hg.): *Advances in Experimental Psychology*. Vol.2., New York: Academic Press, 267-299.
- Berger, Joseph/Zelditch, Morris/Anderson, Bo/Cohen, Bernhard P. (1972): *Structural Aspects of Distributive Justice: A Status Value Formulation*, in: Berger, Joseph/Zelditch, Morris/Anderson, Bo (Hg.): *Sociological Theories in Progress Bd. 2*, Boston: Hough Mifflin, 119-146.
- Braun, Michael (1998): *Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat: Einstellungswandel in Ost- und Westdeutschland*, in: Braun, Michael/Mohler, Peter Ph. (Hg.): *Blickpunkt Gesellschaft 4: Soziale Ungleichheit in Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 115-138.
- Brumlik, Micha/Brunkhorst, Hauke (Hg.) (1993): *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Döring, Diether/Nullmeier, Frank/Pioch, Roswitha/Vobruba, Georg (Hg.) (1995): *Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat*, Marburg: Schüren.
- Douglas, Mary (1982): *In the Active Voice*, London: Routledge & Kegan Paul.
- Forst, Rainer (1996): *Kontexte der Gerechtigkeit. Politische Philosophie jenseits von Liberalismus und Kommunitarismus*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Frankenberg, Günter (Hg.) (1994): *Auf der Suche nach der gerechten Gesellschaft*, Frankfurt a.M.: Fischer.
- Hauss, Kalle/Lippl, Bodo/Mika, Tatjana/Weber, Melanie/Wegener, Bernd (2001): *Dokumentation für den deutschen Teil des International Social Justice Project. Replikation 2000 (ISJP-Arbeitsbericht No. 38)*, Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Hayek, Friedrich A. von (1981): *Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit: Recht Gesetzgebung und Freiheit*, Bd. 2, Landsberg a.L.: Verlag moderne Industrie.
- Höffe, Otfried (1989): *Politische Gerechtigkeit. Grundlegung einer kritischen Philosophie von Recht und Staat*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Honneth, Axel (Hg.) (1995): *Kommunitarismus. Eine Debatte über die moralischen Grundlagen moderner Gesellschaften*, Frankfurt a.M.; New York: Campus (3. Aufl.).
- Horn, Christoph/Scarano, Nico (Hg.) (2002): *Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- ISJP (2001a): *International Social Justice Project (ISJP), Codebook of Trend Dataset (Merged Data of 1991, 1996 and 2000 Survey (ISJP-Arbeitsbericht No. 76)*, Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- ISJP (2001b): *International Social Justice Project (ISJP), Codebook of Trend Dataset (Merged Data of 1991, 1996 and 2000 Survey). Country Specific Codebook East and West Germany (ISJP-Arbeitsbericht No. 77)*, Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Jasso, Guillermina (1978): *On the Justice of Earnings: A New Specification of the Justice Evaluation Function*, in: *American Journal of Sociology* 83, 1398-1419.
- Jasso, Guillermina (1980): *A New Theory of Distributive Justice*, in: *American Sociological Review* 45, 3-32.
- Jasso, Guillermina/Wegener, Bernd (1997): *Methods for Empirical Justice Analysis: Part 1. Framework, Models, and Quantities*, in: *Social Justice Research* 10, 393-430.
- Kaase, Max (1996): *Innere Einheit*, in: Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hg.): *Handbuch zur deutschen Einheit*. Neuausgabe 1996, Frankfurt a.M.: Campus, 385-396.
- Kersting, Wolfgang (2002): *Kritik der Gleichheit. Über die Grenzen der Gerechtigkeit und der Moral*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Kluegel, James R./Mason, David S./Wegener, Bernd (Hg.) (1995): *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*, New York: Aldine de Gruyter.

- Kluegel, James R./Smith, Eliot R. (1986): *Beliefs about Inequality. Americans' Views of What Is and What Ought to Be*, New York: Aldine de Gruyter.
- Lane, Robert E. (1986): Market Justice, Political Justice, in: *American Political Science Review* 80, 383-402.
- Lengfeld, Holger (2002): Soziale Gerechtigkeit und politische Entscheidungen. Perspektiven der interdisziplinären Gerechtigkeitsforschung, in: *Diskurs* 1/2002, 24-32.
- Liebig, Stefan/Wegener, Bernd (1995): Primäre und sekundäre Ideologien. Ein Vergleich von Gerechtigkeitsvorstellungen in Deutschland und den USA, in: Müller, Hans-Peter/Wegener, Bernd (Hg.): *Soziale Ungleichheit und soziale Gerechtigkeit*, Opladen: Leske + Budrich, 265-293.
- Lippl, Bodo (2001): Soziale Sicherheit durch den Sozialstaat? Einschätzungen zu Rente, Arbeitslosigkeit und Krankheit in Ost- und Westdeutschland, in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI)* 26, 7-11.
[http://www.isjp.de/download/ISJP_WP_No73.pdf]
- Meulemann, Heiner (1996): *Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation*, Weinheim; München: Juventa.
- Mika, Tatjana/Hauss, Kalle (2001): Differenz und Wandel in den Einstellungen zur Verteilungsgerechtigkeit in Ost- und Westdeutschland 1991-2000 (ISJP-Arbeitsbericht No. 72), Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Pollack, Detlef (1996): Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen. Untersuchungen zu den ostdeutschen Transformationsprozessen in der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, der *Zeitschrift für Soziologie* und der *Sozialen Welt*, in: *Soziologische Revue* 19.
- Rawls, John (1994/1979): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp (8. Aufl.).
- Runciman, Walter G. (1966/1972): *Relative Deprivation and Social Justice. A Study of Attitudes to Social Inequality in Twentieth-Century England*, London: Routledge & Kegan Paul (3. Aufl.).
- Scherer, Klaus R. (Hg.) (1992): *Justice: Interdisciplinary Perspectives*, Cambridge, MA: Cambridge University Press.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (1997): *Datenreport 1997. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, hg. in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2002): *Datenreport 2002. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, hg. in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Svallfors, Stefan (Hg.) (1995): *In the Eye of the Beholder. Opinions on Welfare and Justice in Comparative Perspective*, Stockholm: Bank of Sweden tercentenary Foundation.
- Swift, Adam/Marshall, Gordon/Burgoynes, Carole/Routh, David (1995): Distributive Justice: Does it matter what the People think?, in: Kluegel, James R./Mason, David S./Wegener, Bernd (Hg.): *Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Post-Communist States*, New York: Aldine de Gruyter, 15-47.
- Thumfart, Alexander (1999): Kritische Gerechtigkeitstheorien und Ungerechtigkeit im Transformationsprozeß, in: Dornheim, Andreas/Franzen, Winfried/Thumfart, Alexander/Waschkuhn, Arno (Hg.): *Gerechtigkeit. Interdisziplinäre Grundlagen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 208-248.
- Veen, Hans-Joachim (1997): Innere Einheit - aber wo liegt sie? Eine Bestandsaufnahme im siebten Jahr nach der Wiedervereinigung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B40-41, 19-28.
- Walster, Elaine/Walster, G. William/Berscheid, Ellen (1978): *Equity: Theory and Research*, Boston: Allyn and Bacon.
- Walzer, Michael (1992): *Sphären der Gerechtigkeit. Ein Plädoyer für Pluralität und Gleichheit*, Frankfurt a.M.; New York: Campus.
- Wegener, Bernd (1992): Gerechtigkeitsforschung und Legitimationsnormen, in: *Zeitschrift für Soziologie* 21, 269-283.

- Wegener, Bernd (1999): Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit: Die zwei Welten der empirischen Gerechtigkeitsforschung, in: Druwe, Ulrich/Kunz, Volker (Hg.): Politische Gerechtigkeit, Opladen: Leske + Budrich, 167-214.
- Wegener, Bernd (2003): Solidarity, Justice, and Social Change: Germany's Ten Years of Unification, in: Pollack, Detlef/Jacobs, Jörg/Müller, Olaf/Pickel, Gert (Hg.): Political Culture in Post-Communist Europe. Attitudes in New Democracies, Ashgate: Aldershot, 207-233.
- Wegener, Bernd/Liebig, Stefan (1998): Gerechtigkeitsideologien 1991-1996, in: Meulemann, Heiner (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung, Opladen: Leske + Budrich, 25-59.
- Wegener, Bernd/Lippl, Bodo/Christoph, Bernhard (2000): Justice Ideologies, Perceptions of Reward Justice, and Transformation: East and West Germany in Comparison, in: Mason, David S./Kluegel, James R. (Hg.): Marketing Democracy. Changing Opinion About Inequality and Politics in East Central Europe, Lanham; Boulder; New York; Oxford: Rowman & Littlefield, 122-160.
- Zentralarchiv (2000): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1980-98, Codebook (ZA-No. 1795), Köln: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA).
- Zentralarchiv (2001): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2000, CAPI und PAPI, Codebook zum integrierten Datensatz (ZA-No. 3450), Köln: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln (ZA).

Links mit weiteren Informationen im Internet:

International Social Justice Project (ISJP) in Deutschland: <http://www.isjp.de/>

Nachwuchsgruppe "Interdisziplinäre Soziale Gerechtigkeitsforschung" an der Humboldt-Universität zu Berlin: <http://www2.rz.hu-berlin.de/isgf/>